PB.Z-01-345

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Elias Aaron Ackburally (KV Rhein-Kreis-Neuss)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 344 bis 345 einfügen:
Darum werden wir uns dafür einsetzen, das Wahlalter für Bundestags- und Europawahlen auf 16 Jahre abzusenken.

Bundesjugendparlament einrichten

Viele junge Menschen engagieren sich politisch, um die Forderungen nach Entfaltung, Mitwirkung, Mitentscheidung und Veränderung endlich vorantreiben und verwirklichen zu können. Angesichts der derzeit unzureichenden Kraftanstrengungen zur Bewältigung der größten Menschheitsaufgabe, der Bekämpfung des menschengemachten Klimawandels, sind die Zukunftsperspektiven junger Menschen existenziell bedroht. Dagegen stemmt sich die junge Generation mit Initiativen und sozialen Bewegungen wie „Fridays for Future“; der Ruf nach Aufbruch, konsequentem und verantwortungsvollen Handeln der Entscheidungsträger*innen hallt durch die Straßen und ist in allen Gesellschaftsbereichen angekommen. Jetzt ist es an der Zeit, dass die Politik endlich zuhört.

Wir richten daher ein Bundesjugendparlament, welches online tagen und abstimmen kann, mit einem Antragsrecht für den Deutschen Bundestag, ein, und geben jungen Menschen somit eine institutionalisierte Stimme in der Politikgestaltung auf Bundesebene. Die Mitglieder des Bundesjugendparlaments sind zwischen 14 und 21 Jahren alt. So stärken wir unsere vitale liberale Demokratie und geben jungen Menschen die Chance, ihre Zukunft mitzubestimmen.“

Begründung

Wir brauchen mehr Einbringungs-, Mitgestaltungs- und, vor allem, Mitentscheidungsmöglichkeiten für junge Menschen in der Politik. Vor allem die Strukturen der Bundespolitik sind derzeit geradezu immun gegen vernünftige Initiativen, Forderungen und Ideen junger Menschen, die ihr Schicksal mitbestimmen und ihre Zukunft gestalten möchten. Auf kommunaler Ebene sind Jugendparlamente derzeit schon ein wirksames Instrument, um jungen Menschen ein Forum zum politischen Austausch und zur Artikulation von Forderungen und Vorschlägen zu geben. Wichtig ist, dass ein Jugendparlament mit einem Antragsrecht darauf hinwirken kann, dass das ordentliche Parlament zur Sache befindet. So können die Impulse junger Menschen unsere Politik voranbringen. Jetzt müssen wir auf Bundesebene nachziehen und ein Bundesjugendparlament einrichten.

weitere Antragsteller*innen

Lukas Hanskötter (KV Rhein-Kreis-Neuss); Simon Rock (KV Rhein-Kreis-Neuss); Tobias Edward Freitag (KV Rhein-Kreis-Neuss); Thomas Götzelmann (KV Rhein-Kreis-Neuss); Johannes Ritterbach (KV

Rhein-Kreis-Neuss); Nicklas Effertz (KV Rhein-Kreis-Neuss); Marianne Michael-Fränzel (KV Rhein-Kreis-Neuss); Dominik Hüsener (KV Aachen); Swenja Krüppel (KV Rhein-Kreis-Neuss); Rebecca Anouschka Borgwardt (KV Rhein-Kreis-Neuss); Angela Stein-Ulrich (KV Rhein-Kreis-Neuss); Birgitta Tremel (Hannover RV); Alper Cugun-Gscheidel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Tobias Grupe (KV Halle); Philipp Häusele (KV Augsburg-Stadt); Linda Markert (KV Rhein-Kreis-Neuss); Leoni Kanders (KV Rhein-Kreis-Neuss); Jan Steinstraßen (KV Rhein-Berg); Jocy Wolff (KV Rhein-Kreis-Neuss); Petra Schenke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Jan-Enno Martens (KV Rhein-Kreis-Neuss); Detlef Zieleznik (KV Rhein-Kreis-Neuss); Morice-Constantin Ippers (KV Rhein-Kreis-Neuss)